

Home > NRW > Städte > Dormagen > Dormagen: Stadtrat setzt Kaufland unter Druck

RP+ Dormagener Stadtrat setzt Kaufland unter Druck

„Mit der Pistole auf der Brust verhandelt man nicht“

Von Klaus D. Schumilas

10.07.2026 · 15:00 Uhr



Kaufland (hier eine Filiale in Wülfrath) gerät durch den Ratsbeschluss unter Handlungsdruck.

Foto: Anna Mazzalupi

Dormagen · Nach sieben Jahren Leerstand hat der Dormagener Stadtrat einen neuen Bebauungsplan für das Dorma-Center-Areal beschlossen. Kaufland muss nun bis Ende 2026 handeln – sonst übernimmt die Stadt das Heft.

Der Ball liegt nun in der Hälfte von Kaufland: Der Stadtrat hat am Donnerstagabend mehrheitlich einen neuen Bebauungsplan für das Areal des ehemaligen Dorma-Centers beschlossen, plus Veränderungssperre. Das bedeutet, dass das Unternehmen zeitlich unter Druck gerät, um den geplanten Verbrauchermarkt auf dem Eckgrundstück Unter den Hecken/Walhovener Straße zu realisieren. Sollte dort weiterhin nichts geschehen, würden die politischen Beschlüsse greifen, Kaufland könnte sein Projekt nicht mehr umsetzen und die Stadt ihrerseits kleinteiligen Einzelhandel und Wohnbebauung realisieren.

Eigentlich hatte es bis Mitte dieser Woche danach ausgesehen, als würde die Stadt einen Schlusstrich unter die Hängepartie ziehen können und nach sieben Jahren Leerstand selbst an dieser Stelle aktiv werden können – mit einem

neuen Bebauungsplan, der großflächigen Einzelhandel ausschließt und einer Veränderungssperre, die verhindern soll, dass Kaufland aktiv wird. Doch in einem Schreiben hat Kaufland zum einen deutlich gemacht, dass es an der Errichtung einer „modernen Einkaufsstätte“ festhalten will. Ferner wies das Unternehmen darauf hin, dass es eine gültige Baugenehmigung gebe, der durch einen solchen politischen Beschluss nicht seine Gültigkeit verliere. Das räumte die Stadt dann auch ein.

Keine Mehrheit fanden Bestrebungen von CDU, Zentrum/UWG und Dormagener Bürger Union (DBU), das Thema zu verschieben. Ludwig Dickers bezeichnete den Umgang der Stadt mit Kaufland als „nicht nachvollziehbar. Wir sind Geschäftspartner und sollten froh sein, dass dort jemand etwas entwickeln will.“ Fakt ist, dass die Baugenehmigung Ende dieses Jahres ausläuft. So lange hat Kaufland Zeit, aktiv zu werden. RP+ Das Unternehmen hat in seinem Schreiben angekündigt, 2026 das Bestandsgebäude abreißen zu wollen. Geschieht dies nicht, kann die Stadt zum 1. Januar 2027 den Ratsbeschluss umsetzen.

So reagiert die Politik: „Oberstes Ziel aller Diskussionen ist, dass die Fläche des ehemaligen Dorma-Centers reaktiviert wird“, sagt SPD-Fraktionschef Michael Dries. „Dazu gab es in den letzten sieben Jahren einen kontinuierlichen Dialog zwischen Kaufland und der Stadt. Es muss nun endlich was passieren. Der aktuelle Zustand ist für die Dormagenerinnen und Dormagener nicht länger hinnehmbar. Wir erwarten, dass den Worten von Kaufland nun Taten folgen.“ Kritisch geht auch die FDP mit dem Unternehmen um: „Eigentum verpflichtet – wer wie Kaufland jahrelang zentrale Flächen blockiert und Bauruinen verwaltet, schadet unserer Stadt“, sagt Fraktionsvorsitzender Torsten Günzel. „Wir fordern jetzt endlich konkrete Taten statt weiterer Vertröstungen und haben mit unserer Entscheidung heute dafür gestimmt, der Verwaltung eine gute Verhandlungsposition zu verschaffen.“



Stadt.Land.Neuss.

Vom Aufreger in Grevenbroich bis zum Gastro-Tipp für Dormagen - unser Newsletter für alle, die den Rhein-Kreis (er)leben.

Sie können sich jederzeit abmelden

Die CDU setzt auf Dialog. Die beiden Fraktions-Vize Anissa Saysay und Andreas Fuhs sagen: „Dialog ist kein Zeichen von Schwäche, sondern Ausdruck politischer Verantwortung. Wenn ein Investor Gesprächsbereitschaft signalisiert, sollte die Stadt diese Chance nutzen. Wer Gespräche vertagt oder verweigert, riskiert am Ende nicht nur einen Rechtsstreit, sondern auch das Vertrauen in eine verlässliche und faire Kommunalpolitik. Wer investiert, Arbeitsplätze schafft und auf Grundlage einer rechtskräftigen Baugenehmigung handelt, muss sich auf einen verlässlichen Rechtsrahmen verlassen können.“

Positiv bewertet Elias Ackburally (Grüne) den Schritt: „Die Beschlüsse sind ein notwendiger, strategischer Schritt, um als Stadt das Heft des Handelns in die Hand zu bekommen. Manchmal muss man als Politik eben Druck ausüben, um so dicke Bretter zu bohren.“

Eine andere Sichtweise hat die Fraktion Zentrum/UWG, die die Stadt angreift: „Die Vorgehensweise der Verwaltung ist bei der Immobilie Dorma-Center nicht nachvollziehbar“, sagte Fraktionsvorsitzender Michael Kirbach, „wie soll ein so großer Konzern in so kurzer Zeit reagieren? Es ist ein fatales Signal für eine weitere Zusammenarbeit und auch für andere Investoren. Mit der Pistole auf der Brust verhandelt man nicht.“

(schum fhi)